DIE LINKE. Sachsen
Landesvorstand

B 8 – 170

Dringlichkeitsantrag zum aktuellen Demonstrationsgeschehen am 1.6.2023 in Leipzig

Beschluss des Landesvorstandes vom 2.6.2023

Beschluss:	Der Landesvorstand der LINKEN Sachsen stellt sich hinter die Abgeordnete Juliane Nagel sowie weiteren von Repressionen betroffenen Personen und verurteilt das eskalative und demokratiegefährdende Vorgehen seitens der Polizei auf das schärfste. Von den Behörden erwarten wir, dass die Grundrechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit geschützt werden. Verbote, Einschränkungen und andere Schikanen werden sicherlich genau jene „befürchteten Krawalle“ bringen, die im Vorfeld des Wochenendes öffentlich „prognostiziert“ wurden. Das ist eine selbsterfüllende Prophezeiung, die sich nur durch Besonnenheit und Deeskalation vermeiden lässt. Wir fordern daher auch den StMI Armin Schuster und den Polizeipräsidenten René Demmler auf, in ihren Strukturen und Organen für Ordnung zu sorgen und diese zu jener Besonnenheit und deeskalativem Verhalten zu verpflichten.
Anlagen:	-
politische Botschaft:	-
Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit:	Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)
weitere Maßnahmen:	-
Finanzen:	-
Die Vorlage wurde abgestimmt mit:	-
Den Beschluss sollen erhalten:	Landesvorstandsmitglieder/ Landesratsmitglieder/ Kreisvorsitzende/ Kreisgeschäftsführer*innen/ Ortsvorsitzende/ sächsische Mitglieder im Bundesausschuss/ Pressesprecher und Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag/ Landesparteitagsdelegierte/ sächsische Bundesparteitagsdelegierte/ Sprecher*innen der Landesweiten Zusammenschlüsse/ Abgeordnete im Europaparlament, Bundestag und Landtag/ sächsische Parteivorstandsmitglieder/ Regionalmitarbeiter*innen der Landtags- und Bundestagsfraktion/ Mitarbeiter*innen Landesgeschäftsstelle/ Jugendkoordinator*in/ Landesinklusionsbeauftragte*r

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

F.d.R.

Dresden, 2.6.2023

Lars Kleba
Landesgeschäftsführer